

II- 3855 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Wien, am 5. Dezember 1974

Zl. 010.203 - Parl/74

1806/A.B.
zu 1808/J.
Präs. am 19. Dez. 1974

An die
Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates
Parlament
1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage
Nr. 1808/J-NR/74, die die Abgeordneten REGENSBURGER
und Genossen am 22. Oktober 1974 an mich richteten,
beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1 - 3)

Die Resolution des Dachverbandes der Absolventenver-
bände der höheren Schulen für Berufstätige Österreichs
wurde auch mir im April 1974 zur Kenntnis gebracht.
Bereits im dazu ergangenen Antwortschreiben wurde aus-
geführt, daß die Rechtslage, die der Resolution zugrunde
lag, durch die letzte Schülerbeihilfengesetznovelle,
BGBl.Nr. 183/1974, zum Großteil überholt ist. Die
Novelle brachte nämlich nicht nur beträchtliche Erhöhun-
gen der allgemeinen Schul- und Heimbeihilfen, sondern
hatte insbesondere zum Ziel, die Situation der Berufs-
tätigen zu verbessern, die eine höhere Schule besuchen
und sich im Prüfungsstadium befinden, zumal die Unter-
stützung, die bisher vom Bundesministerium für soziale
Verwaltung auf Grund des AMFG geleistet wurde, nunmehr
für Schüler der AHS für Berufstätige nicht, für Schüler
der BBS für Berufstätige nur unter bestimmten Voraus-
setzungen gewährt wird. Die Schülerbeihilfengesetz-
novelle 1974 dehnte daher den Zeitraum, in welchem

die Beihilfe bezogen werden kann, von bisher zwei auf sechs Monate (analog zum AMFG) aus und erhöhte überdies die Unterstützung sowie den Hinzurechnungsbetrag für die nicht berufstätige Ehefrau um die Hälfte, den Hinzurechnungsbetrag für Kinder, für die der Schüler unterhaltspflichtig ist, um zwei Drittel. Darüber hinaus erhöht sich die Beihilfe im Falle einer freiwilligen Weiterversicherung bei der Kranken- und Pensionsversicherung um den hierfür geleisteten Betrag.

Eine allfällig unterschiedliche Behandlung betreffend Beihilfen von Schülern an AHS und BBS für Berufstätige ist ausschließlich durch die unterschiedliche, nämlich arbeitsmarktpolitische Betrachtungsweise bedingt, für deren Beurteilung das Bundesministerium für soziale Verwaltung zuständig ist. Leistungen nach dem AMFG werden aus rein arbeitsmarktpolitischen Erwägungen vergeben, um den Nachwuchs in bestimmten Berufssparten zu fördern. Darüber hinaus darf auf den wohl gravierendsten Unterschied hingewiesen werden: auf Leistungen nach dem Schülerbeihilfengesetz besteht im Gegensatz zum AMFG, wo deshalb eine starke Abhängigkeit von der jeweiligen staatsfinanziellen Situation gegeben ist, ein Rechtsanspruch, was für die Existenzsicherung der Bildungswilligen von grundlegender Bedeutung ist.

Die aus der Resolution zu ziehenden Konsequenzen wurden also durch die Schülerbeihilfengesetznovelle 1974 zum Großteil vorweggenommen und es darf bei dieser Gelegenheit darauf verwiesen werden, daß derartige Regelungen im Rahmen des Unterrichtswesens zum ersten Mal im Jahre 1971 gesetzlich normiert wurden.

